

Januar 2000

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Gesetz zur Zwangsarbeiter-Entschädigung ist Rechtsmissbrauch Zentralrat kritisiert Ausschluss der deutschen Sinti und Roma

In seiner heute dem Bundesfinanzministerium zugeleiteten Stellungnahme kritisiert der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, den neuen Entwurf des Stiftungsgesetzes für die Zwangsarbeiter-Entschädigung als massiven Rechtsmißbrauch. Während mit einem System von Ausschluss- und Anrechnungsvorschriften die Ansprüche der einzelnen Überlebenden zusammengestrichen werden, sollen von vornherein "Milliarden Deutsche Mark für Projekte" (§ 9 Abs. 3 Nr. 2) zur Seite genommen werden, erklärte Rose. Insbesondere die deutschen Sinti und Roma würden benachteiligt bzw. gänzlich unberücksichtigt bleiben (§ 11 Abs.1 Nr.3). Für sie und andere Verfolgtengruppen, die nicht über eine öffentlich-rechtliche Organisation wie die Jüdische Claims Conference verfügen, sei im Gesetz nicht einmal ein Vergabegremium der Stiftung vorgesehen, so Rose.

Der Skandal werde auch daran deutlich, daß man angesichts des abgesonderten Milliardenkapitals für ein "zu erhaltendes Stiftungsvermögen" bewilligte Leistungen für den einzelnen Anspruchsberechtigten nur zu 50% bzw. 35 % auszahlen will und der Restbetrag bis zur "endgültigen Abwicklung" ungewiß sein soll. Dabei spekuliere man offensichtlich mit dem vorherigen Ableben der Betroffenen, erklärte der Zentralratsvorsitzende. Die deutschen Sinti und Roma haben für die geleistete Sklavenarbeit ebenso wie für ihr in den Konzentrationslagern geraubtes Vermögen nie einen Pfennig Entschädigung erhalten; sie waren von früheren Leistungen der Industrie über 60 Mio. DM an die Claims Conference für jüdische Sklavenarbeiter und der Deutschen Bank im Jahre 1998 über 5,6 Mio. DM für den Verkauf von Raubgold bereits ausgeschlossen, so Rose.

Der Zentralrat rügt, dass er nach wie vor nicht in den Stiftungsgremien vertreten ist und die im Gesetz zugrundegelegten "Verhandlungsergebnisse" sowie das "Deutsch-Amerikanische Regierungsabkommen" nicht herausgegeben, sondern als "Geheimpapiere" behandelt werden. Mit einer Delegation von KZ-Überlebenden und ehemaligen Sklavenarbeitern will der Zentralrat in der nächsten Woche in Berlin ein Protestschreiben an Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Botschafter John Kornblum übergeben.